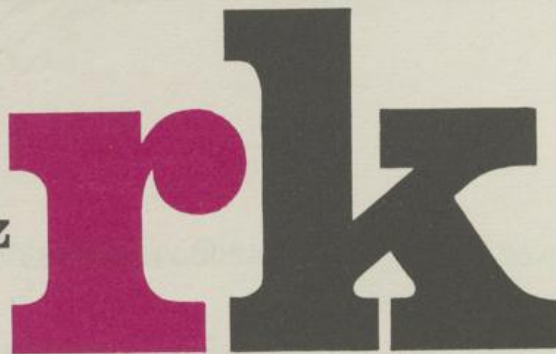


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1867*

Mittwoch, 4. November 1981

Blatt 2853

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag  
(rosa) Städtebund verlangt praktikables Vergabegesetz  
Im Dezember zwei Volksbefragungen gleichzeitig

Lokal: Jugendamtspsychologen tagen im Rathaus  
(orange)

Kultur: Russische Künstler im Rathaus  
(gelb)

Nur 3.11. Feuer auf dem Riesenrad  
über FS: 4.11. Südtiroler Christbaum kommt am Freitag  
Grafikausstellung und Dichterlesung  
Sperrung der Gersthofer Straße



Jugendamtspychologen tagen im Rathaus

Utl.: Erziehungsberatung für verunsicherte Eltern

=++++

1 #Wien, 4.11. (RK-LOKAL) Mit dem Thema "Erziehungsberatung" befaßt sich die 28. Arbeitstagung österreichischer Jugendamtspychologen, die vom 4. bis 6. November im Wiener Rathaus stattfindet. #

So wie sich die gesellschaftlichen Strukturen wandeln, so ändern sich auch Ziele und Methoden der Erziehung. Eltern, die das Beste für ihr Kind wollen, stehen oft unter einem Leistungsdruck, weil sie glauben, die Ansprüche, die unsere Gesellschaft an Erzieher stellt, nicht voll erfüllen zu können. Auch reagieren Kinder, die in der Kleinfamilie aufwachsen, auf Krisen und Spannungen viel heftiger. Auch der Abbau der autoritären Strukturen hat manche Eltern stark verunsichert. Eine Aussprache mit einem Psychologen kann hier sehr hilfreich sein. Zu den zentralen Anliegen der Jugendamtspychologen gehört daher die Beratung in Erziehungsfragen. Diese beginnt in Wien bereits in den ELTERN-SCHULEN, wo werdende Mütter und Väter mit Fachleuten über Erziehungsfragen diskutieren können. Die KINDER- UND JUGENDPSYCHOLOGISCHEN BERATUNGSSTELLEN, die es bereits in den meisten Wiener Bezirken gibt, helfen bei Krisen und bieten auch längerfristige Beratung an. Die TELEFONISCHE ERZIEHUNGS-AUSKUNFT, die Montag bis Freitag zwischen 8 und 11 Uhr UNTER DER NUMMER 63 35 33 ERREICHBAR ist, ist gewissermaßen zum "heißen Draht" für viele Mütter geworden (75 Prozent der Anrufenden sind Mütter), die spontan Ratschläge einholen und die Anonymität des Telefonkontaktes vorziehen. Selbstverständlich gibt die Telefonische Erziehungsauskunft auch umfassende Information über sämtliche Beratungseinrichtungen des Wiener Jugendamtes. (Schluß) emw/si

NNNN



Städtebund verlangt praktikables Vergabegesetz

=++++

4 #Wien, 5.11. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold GRATZ trat am Dienstag der Hauptausschuß des österreichischen Städtebundes in Wels zu einer Sitzung zusammen. Hauptreferent der Sitzung war Staatssekretär Dr. Franz LÖSCHNAK, der über legislative Maßnahmen des Bundeskanzleramtes und ihre Auswirkungen auf die Gemeinden sprach.

Schwerpunkt der Ausführungen Löschnaks war der Entwurf für ein Vergabegesetz, das im April 1981 zur Begutachtung ausgesendet worden war und derzeit im Bundeskanzleramt überarbeitet wird.#

Intention des Entwurfes ist es, betonte Löschnak, bei einem möglichst umfassenden Geltungsbereich (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sozialversicherungsträger, öffentliche Fonds, Anstalten und Stiftungen), mehr Kontrolle und verstärkte Transparenz der Ermittlungs- und Entscheidungsvorgänge bei Vergaben zu sichern. Auch sollen neben dem Bestbieterprinzip volkswirtschaftliche Interessen bei Vergabeentscheidungen einbezogen werden. Löschnak sprach sich dafür aus, daß bei der weiteren Behandlung des Entwurfs Vertreter der Gemeinden entsprechend Gehör finden sollen.

Nach einer eingehenden Diskussion, bei der Bedenken des Städtebundes gegen den vorliegenden Entwurf - vor allem die Einräumung entscheidender Vorteile für die Bieter - erläutert wurden, verabschiedete der Hauptausschuß des Städtebundes über Antrag von Generalsekretär Reinhold SUTTNER einstimmig eine Resolution, in der eine Regelung des Vergabewesens grundsätzlich begrüßt wird, jedoch zum Ausdruck gebracht wird, daß eine solche Norm nicht wirklichkeitsfremd sein darf und das ordnungsgemäße Funktionieren der Verwaltung nicht stört. (Schluß) end/s1

NNNN



Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Die 22. Sitzung des Wiener Landtages (Vorsitz Landtagspräsident PFOCH) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von Str. Dr. GOLLER (ÖVP), ob Gratz im Sinne der direkten Demokratie und der verstärkten Bürgermitbeteiligung für eine Änderung der Wiener Stadtverfassung dahingehend eintrete, daß in Zukunft die Durchführung von Volksbefragungen, Volksabstimmungen und Volksbegehren in Wien erleichtert werde, antwortete Landeshauptmann GRATZ, daß die derzeitige Vorgangsweise auf Verhandlungen zwischen den Fraktionen zurückzuführen ist. Die zurzeit notwendige Anzahl von Unterschriften für Volksbefragungen und Volksbegehren ist vertretbar und in der richtigen Größe.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er die Tatsache decke, daß ein von der ÖVP im Dezember 1980 eingebrachter Antrag auf Erleichterungen bis heute nicht beantwortet wurde, antwortete Gratz, daß er bei Verfassungsfragen eine Übereinstimmung der Fraktionen für notwendig halte. Auf einen Konsens müsse gewartet werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er eine Garantie dafür abgeben könne, daß die von der Bürgerinitiative zur Rettung der Steinhofgründe beantragte Volksbefragung gemeinsam mit der vom Gemeinderat beschlossenen durchgeführt werde, antwortete Gratz, er könne mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nach einem Bericht, den er für heute Abend erwarte, morgen früh seine Unterschrift unter die Kundmachung setzen. (Forts). and/bs

NNNN



Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP), ob er dafür sorgen werde, daß die für das Funktionieren der Demokratie notwendige Immunität der Abgeordneten beachtet wird, antwortete Landeshauptmann GRATZ, er werde dafür sorgen, daß in den Bereichen, in denen er zuständig und kompetent ist, die Immunität beachtet wird. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welchen Schutz im Sinne einer Chancengleichheit er Mandataren anbieten werde, die von existenzbedrohenden Klagen bedroht sind, antwortete Gratz, soweit es Auseinandersetzungen zwischen Mandataren betrifft, sollte Politik nicht vor den Bezirksgerichten stattfinden. Soweit es den im Konkreten gemeinten Fall anlangt, habe ein Beamter, der Aufsichtsratsvorsitzender ist, die Entscheidung an den Aufsichtsrat geleitet, der entschieden hat, keine Klage einzubringen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er bereit sei, eine Enquete einzuberufen, um den Tatbestand Gemeinderat - Landtag und jenen des berechtigten Interesses einer Information der Bevölkerung im Hinblick auf Steuergelder und betriebliche Schutzerfordernisse einer Präsentation, Diskussion und Abwägung zuzuleiten, antwortete Gratz, er sei gerne bereit, die Anregung aufzugreifen. (Forts.) and/gg

NNNN



Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. GLÜCK (ÖVP), ob sich Bürgermeister GRATZ für die Wiederinbetriebnahme des Wachzimmers Hetzendorfer Straße 79 mit Außenrayonsdienst einsetzen wird, antwortete der Bürgermeister, daß im Laufe des Monats diese Polizeistation in ein Wachzimmer ohne Außenrayonsdienst umgewandelt wird. Dafür wird Am Schöpfwerk ein neues Wachzimmer mit Außenrayonsdienst eingesetzt. Die Zahl der Wachposten vermehrt sich dadurch in Meidling. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Wiedereinführung des Rayonsdienstes zu Fuß, sagte Gratz, daß er nach wie vor dafür eintrete. Durch den Überfall auf die OPEC wurde es notwendig, die Botschaften in Wien zu bewachen. Derzeit sind 700 Sicherheitswachen bei den Botschaften eingesetzt, so daß es trotz einer Vermehrung der Dienstposten nicht mehr Rayonsdienste zu Fuß gibt als früher. Eine weitere Aufstockung der Dienstposten wird jedoch im Laufe der Zeit zu einer Erfüllung des Versprechens nach mehr Rayonsdiensten zu Fuß führen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie das Bemühen um mehr Rayonsdienste zu Fuß mit der Auflassung des Hetzendorfer Wachzimmers zu vereinbaren sei, sagte Gratz, daß auch in anderen Bezirken Wiens Fußpatrouillen mit Polizeikraftwagen in ein anderes Revier geführt würden. In Meidling wird es jedenfalls in Zukunft um sieben Sicherheitswachebeamte mehr geben. (Forts.) ba/gg

NNNN



Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die 4. Anfrage von Labg. Rosa HEINZ (SPÖ), wieviele Bürgschaftsübernahmen das Land Wien im Rahmen des Wohnungsverbesserungsgesetzes bereits gewährt habe, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß bisher Bürgschaften in der Höhe von 3,52 Milliarden übernommen wurden. 1972 wurde das Wohnungsverbesserungsgesetz novelliert und die Möglichkeit der Bürgschaftsübernahmen von Kapitalmarktdarlehen vorgesehen. Durch den Beschluß der Wiener Landesregierung im Jahr 1974, daß das Land Wien für Darlehen von Kreditinstituten die Bürgschaft bis zum Höchstbetrag von 300 Millionen Schilling übernimmt, wurde dieses Gesetz praktikabel. Seither wurde die Höchstgrenze für Bürgschaften auf über 3,5 Milliarden aufgestockt. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, in welchem Umfang das Land Wien bei der Haftung für nicht eingehaltene Kredite einspringen mußte, antwortete Mayr, daß dies 137mal der Fall war. Das Land Wien mußte auf Grund der Bürgschaftsübernahmen bisher einen Betrag von 5,569.000 Schilling bezahlen. Das sind 1,8 Promille der gesamten Haftungssumme. Die niedrige Ausfallsquote spreche sehr für die Zahlungsmoral der Wiener. (Forts.) ba/bs

NNNN



Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von Labg. Ing. RIEDLER (SPÖ), gegen welche Änderungsabsichten im Entwurf der Novelle zum Umsatzsteuergesetz sich das Land Wien im Verein mit den Bundesländern im Rahmen des Städtebundes ausgesprochen hat, sagte Stadtrat MAYR (SPÖ), die Stadt Wien hat sich gegen die Herausnahme sogenannter freiwilliger Sozialleistungen aus dem Katalog der echten Steuerbefreiungen und gegen die Eliminierung der Kindergärten aus dem Unternehmensbereich der öffentlich-rechtlichen Körperschaften ausgesprochen. Die Folge dieses Entwurfes wäre eine Verschiebung des Finanzausgleichsgefüges zugunsten des Bundes.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach dem Erfolg der Einwände der Länder und Gemeinden sagte Stadtrat Mayr, daß sich die Bundesregierung diesen Einwänden angeschlossen hat. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob daher auch von der Absicht Abstand genommen wird, die Kindergärten aus dem Unternehmensbereich der Gebietskörperschaften auszuklammern, sagte Mayr, die endgültige Entscheidung darüber liegt beim Verwaltungsgerichtshof. Sein eigenes Bestreben geht jedoch in diese Richtung, da bei der Einbindung der Kindergärten in den Unternehmensbereich die Umsatzsteuervorbelastung zur Geltung gebracht werden kann. Im Bereich der Sozialhilfe hat sich der Standpunkt der Länder und Gemeinden bereits durchgesetzt.  
(Forts.) gab/gg

NNNN



Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

15 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ), welches Ergebnis die Gespräche mit dem Bautenministerium betreffend die geplante "Grinzing-Abfahrt" von der Nordbrücke gebracht haben, sagte Stadtrat HOFMANN (SPÖ), es habe keine Gespräche gegeben, da noch keine Genehmigung des betreffenden Bauabschnittes vorliegt. Ob bei der Bewilligung des Abschnittes die Abfahrt dabei sein werde, könne er noch nicht sagen. Jedenfalls entspreche diese Abfahrt der Verkehrskonzeption für Wien. Die Frage sei, ob der Bund - es sei ja eine Bundesstraße - bei der herrschenden Budgetknappheit die Abfahrt bauen werde. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob Stadtrat Hofmann für diese Abfahrt sei, die ja nach Meinung von Experten einen starken Durchzugsverkehr durch Grinzing bringen werde, sagte Hofmann, sein Ressort sei für die Durchführung des entsprechenden einstimmigen Beschlusses des Wiener Gemeinderates. Die Abfahrt würde andere Straßen im 19. Bezirk wesentlich entlasten.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Stadt Wien die Mittel für diese Abfahrt woanders einsetzen könne, wenn das Ministerium sie nicht für die Abfahrt Grinzing verwende, sagte Hofmann, diese Mittel würden für Wien verloren gehen und auf alle Bundesländer aufgeteilt werden. (Forts.) gab/gg

NNNN



Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

16 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. EMERLING (SPÖ), ob er versuchen werde, die Verlängerung der A 22 zur Reichsbrücke raschest zu realisieren, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ), daß die Fortsetzung der A 22 dringend notwendig sei und daß die Stadt Wien sich beim Bautenministerium für eine möglichst rasche Realisierung einsetzen werde. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Wertigkeit der A 22 zukomme, antwortete Hofmann, daß der Abschnitt bis zur Reichsbrücke beziehungsweise dann weiter bis zur Praterbrücke zweifellos Dringlichkeitsstufe 1 darstelle. Auch Bautenminister Sekanina gab klar zu erkennen, daß im Osten Österreichs ein Nachholbedarf im Bundesstraßenbau bestehe. Die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob im Raum Kaisermühlen Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen seien, bejahte Hofmann. In diesem Bereich ist eine vollkommene Lärmabschirmung geplant. Hofmann wies in diesem Zusammenhang auf eine französische Neuentwicklung hin, Einhausungen mit einer Art Kassettendecke bei natürlicher Belüftung durchzuführen. Für die Südost-Tangente wurde ein entsprechender Studienauftrag erteilt.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. Dr. GOLLER (ÖVP), in welcher Weise er sich dafür einsetzen werde, die Forderung des Wiener Fremdenverkehrskonzeptes nach dem Ausbau von Hofburg und Messepalast als Alternative zum Neubau des Konferenzentrums bei der UNO-City zu erfüllen, antwortete Stadtrat Prof.Dr. Zilk (SPÖ), daß die Fragestellung nicht ganz korrekt sei. Im Fremdenverkehrskonzept werde der Ausbau des Messepalastes angeregt. Die in der Volksbefragung formulierte Frage nach dem Ausbau der Hofburg ist ungefähr ebenso sinnvoll, wie die Frage, ob man die Stephanskirche bauen solle. Die Hofburg ist nämlich bereits bis an ihre Grenzmöglichkeit ausgebaut. (Forts.) ger/bs

NNNN



Wiener Landtag (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

17 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Die Simultanübersetzungsmöglichkeiten wurden erweitert, der Hauptkongreßsaal wird von 1.200 auf 1.400 Plätze vergrößert, sagte Zilk. Mehr ist in der Hofburg nicht möglich.

Am 8. April 1981 wurde die Weisung an die IAKW erteilt, das Bauvorhaben Konferenzzentrum bis auf weiteres einzustellen. Er, Zilk, habe daraufhin sofort Gespräche mit Bautenminister Sekanina bezüglich des Messepalastes aufgenommen. Ursprünglich hatte die Absicht bestanden, im Rahmen einer gemeinsamen Planungsgesellschaft von Bund und Stadt Wien Überlegungen über die Schaffung eines "austrifizierten Centre Pompidou" anzustellen, um den Messepalast dem kulturellen Leben Wiens - nicht zuletzt auch im Interesse des Fremdenverkehrs - zu erschließen. Auf Grund der Entscheidung vom 8. April bestehen aber nunmehr andere Notwendigkeiten, denen wir uns - vom kulturellen Standpunkt aus mit Bedauern - fügen müssen. Im Auftrag des Bautenministeriums liegt nunmehr ein erster Diskussionsentwurf vor, der im Messepalast ein kombiniertes Kongreß-, Ausstellungs- und Begegnungszentrum vorsieht. Der große Konferenzsaal soll 3.000 Personen Platz bieten.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was er von der vor zehn Monaten von der ÖVP ergriffenen Initiative, einen Wettbewerb auszuschreiben, halte, antwortete Zilk, daß er sich dieser Initiative deshalb nicht angeschlossen habe, weil ja die Gründung einer Studiengesellschaft von Bund und Stadt Wien vorgesehen war. Wien ist ja nicht Besitzer des Messepalastes. Wegen der Entscheidung vom 8. April kam es dann nicht zur Gründung dieser Studiengesellschaft. Die Initiative lag jetzt eindeutig beim Bautenministerium. Wir schalten uns aber, betonte Zilk, selbstverständlich ein, damit Wien nicht nur ein großes Kongreßzentrum erhält, sondern auch die kulturellen Belange berücksichtigt werden. (Forts.) ger/gg

Wiener Landtag (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

18 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach dem vorgesehenen Zeitplan, antwortete Zilk, daß er für eine raschestmögliche Realisierung eintrete. Einen genauen Zeitplan könne er derzeit nicht vorlegen. (Forts.) ger/gg



Wiener Landtag (10)

Utl.: Kulturschilling

=++++

19 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde berichtete der Vorsitzende Landtagspräsident PFOCH (SPÖ), daß dem Landtag eine Anfrage der FPÖ und drei Anträge der ÖVP vorliegen. Die ÖVP-Anträge sprechen sich für eine Änderung des Bundesjugendwohlfahrtsgesetzes, für den Bau eines rollenden Gehsteiges in der Krottenbachstraße und für die Errichtung einer achtklassigen AHS in Liesing aus. Die Anfrage und die Anträge wurden dem Landeshauptmann zur Behandlung zugewiesen.

Stadtrat MAYR (SPÖ) stellte den ANTRAG, den Kulturschilling von 10 auf 15 Prozent zu erhöhen. Momentan werden 68 Millionen eingenommen. Durch die Erhöhung sind Mehreinnahmen von 34 Millionen zu erwarten.

Labg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß die FPÖ keine Möglichkeit hat, im Altstadterhaltungsbeirat mitzuarbeiten. Die FPÖ wird der Erhöhung trotzdem zustimmen, weil sie für die Erhaltung von gewachsenen Strukturen ist. (Forts.) sei/bs

NNNN



Wiener Landtag (11)

Utl.: Kulturschilling

=++++

20 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Zweiter Landtagspräsident HAHN (ÖVP) erklärte, die ÖVP habe seit 15 Jahren auf den drohenden Verfall der Althaussubstanz hingewiesen. Bei der seinerzeitigen Beschlußfassung über den Kulturschilling, in dem es darum ging, die Mittel "ausschließlich", "überwiegend" oder "insbesondere" (die letzte Formulierung fand schließlich Eingang in das Gesetz) für die Altstadterhaltung zu widmen, habe die ÖVP die Auffassung vertreten, daß der ganze Betrag der Altstadterhaltung zugeführt werden sollte. Schuld daran, daß gewaltige Mittel, die in den nächsten Jahren gebraucht werden, nicht zur Verfügung stehen, ist die Tatsache, daß 25 Prozent für andere kulturelle Aufgaben abgezweigt wurden. Dies sei von der ÖVP in vielen Abänderungsanträgen immer wieder kritisiert worden. Im Wissen um die Bedeutung der Stadtbildpflege werde die ÖVP der nun beabsichtigten Gesetzesänderung zustimmen. Hahn verwies auf die zahlreichen Ausnahmen von der Rundfunkgebühr, die sich - der Kulturschilling ist ein Zuschlag zur Rundfunkgebühr - in Mindereinnahmen auswirken und kritisierte weiter, daß zahlreiche Ansuchen um Mittelzuweisung zwar vom Altstadterhaltungsbeirat genehmigt wurden, aber noch nicht die Landesregierung passiert haben. Neuerlich forderte Hahn die bereits mehrmals von der ÖVP initiierte Schaffung eines Stadterneuerungsfonds, der von der SPÖ immer wieder abgelehnt wurde. Wenn die Volksbefragung ein deutliches "Ja" zur Stadterneuerung erbringe, erwarte die ÖVP, daß dafür 1982 eine ausreichende finanzielle Ausstattung vorgesehen werde. Die ÖVP werde bei der Beurteilung des Budgets einen besonders strengen Maßstab anlegen. Das Problem der Stadterneuerung könne nur im Zusammenwirken verschiedener Aktionen bewältigt werden, schloß Hahn. (Forts.)  
and/bs

NNNN



Wiener Landtag (12)

Utl.: Kulturschilling

=++++

21 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Es sei erfreulich, sagte GR. WINDHAB (SPÖ), daß die Opposition der Änderung des Wiener Kulturschillinggesetzes ihre Zustimmung erteilt. Das Gesetz beinhalte ein klares Bekenntnis zur Altstadterhaltung und Stadterneuerung. Es sei aber gleichzeitig wichtig, daß eine Reserve aus dem Kulturschilling für kulturelle Ereignisse wie für Ausstellungen oder Veranstaltungen zur Verfügung steht. Andererseits würden auch nicht alle finanziellen Mittel, die zur Altstadterhaltung notwendig sind, aus dem Kulturschilling bezahlt. Beträchtliche Aufwendungen fließen aus anderen Quellen der Altstadterhaltung zu. Als Beispiele nannte Windhab die Stadtbahnstationen von Otto Wagner und die renovierten Kirchen Am Steinhof und im Pflegeheim Lainz. Auch die Wohnungsverbesserung mit jährlich etwa 12.000 zugesicherten Anträgen ist ein wesentlicher Beitrag zur Altstadterhaltung. Das neue Gesetz wird für die Rundfunkteilnehmer eine maximale Mehrbelastung von sieben Schilling pro Monat bringen. Für alle jene, die von der Rundfunkgebühr befreit sind, wirkt sich auch die Änderung des Kulturschillings nicht aus. GR. Windhab regte an, daß auf Wunsch der FPÖ ein Vertreter dieser Partei mit Gutachterstatus künftig dem Altstadterhaltungsbeirat beiwohnt. Das Gesetz sei von großer Bedeutung, da es dazu beiträgt, das traditionelle Gesicht der Bundeshauptstadt zu bewahren und die Lebensqualität für viele Menschen zu verbessern. (Forts.) ba/gg

NNNN



Wiener Landtag (13)

Utl.: Kulturschilling

=++++

22 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat NEUSSER (ÖVP) nahm zunächst zum - seiner Meinung nach - polemischen Stil Stellung, der in der Wiener Politik eingerissen sei. Genauso wie man der ÖVP vorgeworfen habe, durch die Verweigerung der Zustimmung zum Bau von 5.000 Wohnungen gegen rund 6.000 Arbeitsplätze gewesen zu sein, könne man sagen, die SPÖ habe mit der Förderung von 3 Milliarden Schilling für 3.000 Arbeitsplätze bei General Motors um diesen Betrag 17.000 Arbeitsplätze zu wenig geschaffen. Mit der bei Klein- und Mittelbetrieben üblichen Förderung von 150.000 Schilling je Arbeitsplatz, hätten nämlich um 3 Milliarden 20.000 Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Zur vorliegenden Gesetzesnovelle sagte Neusser, die ÖVP werde zustimmen, weil ihr die Altstadt am Herzen liege und man ja schon Erfolge der Altstadterhaltung sehen könne. (Forts.) gab/gg

NNNN



Wiener Landtag (14)  
Utl.: Kulturschilling  
=++++

23 Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Unmittelbar mit der Altstadterhaltung sei jedoch die Stadterneuerung verbunden, sagte Neusser. Obwohl die SPÖ bereits fünfmal die Gründung eines Stadterneuerungsfonds abgelehnt habe, schlage er nun wieder zwei Modelle zur Stadterneuerung vor:

Das erste Modell sieht im Verlauf von zwanzig Jahren jährlich die Reparatur von rund 500 Häusern mit 23.000 Bewohnern 750 Millionen S, die Standardverbesserung von rund 4.000 Wohnungen für 12.000 Menschen um eine Milliarde S und den Neubau von rund 5.600 Wohnungen für 17.000 Menschen um 3.150 Millionen S vor. Das ist ein Bauvolumen von insgesamt rund 5 Milliarden, das bei einer Förderung von 1,5 Milliarden von Privaten finanziert werden könnte.

Die erforderliche Restsumme von 900 Millionen nach Abzug der derzeitigen Wohnbauförderung von 600 Millionen könnte durch einen Stadterneuerungsfonds in der Höhe von 500 Millionen und Budgetumschichtungen von 400 Millionen sicher gestellt werden.

Das zweite Modell sieht vor, aus der Wohnbauförderung von 3,4 Milliarden S 850 Millionen für die Stadterneuerung abzuzweigen.

Davon könnten 400 Millionen für den Neubau von 800 Wohnungen im Sinne der Stadterneuerung und 450 Millionen für die Reparatur von 3.000 Wohnungen verwendet werden.

Insgesamt könnten bei diesem Modell jährlich 8.800 Wohnungen statt 6.600 geschaffen werden. Beide Modelle würden die Schaffung von rund 7.000 Arbeitsplätzen mehr bedeuten. Der SPÖ bleibe es vorbehalten, schloß Neusser, durch ihre Zustimmung oder Ablehnung den Maßstab für das künftige Verhalten der ÖVP in Wien zu setzen. In "Zeiten wie diesen" müsse man vor allem für Wien arbeiten. (Forts.)  
gab/ap

NNNN



Wiener Landtag (15)

Utl.: Kulturschilling

=++++

24 Wien, 4.11. (RK-Kommunal) Mit der Frage der Schutzzonen beschäftigte sich LABg. Dr. MAYR (ÖVP). Er wies darauf hin, daß immer wieder neue Schutzzonenvorschläge gemacht werden, so zum Beispiel für Teile des 22. Bezirks, die einigermaßen fragwürdig erscheinen. Der ganze 1. Bezirk ist Schutzzone. Die Stadt Wien besitzt hier zahlreiche Althäuser, darunter einige, deren Dachböden zu attraktiven Wohnungen ausgebaut werden könnten. Die Einwohnerzahl im 1. Bezirk ist neuerlich gesunken, die Innenstadt benötigt aber Einwohner, um lebendig zu bleiben. Der Ausbau von Dachböden kann hier einen Beitrag leisten. Man sollte prüfen, ob man Dachbodenräume nicht jenen, die sie selbst ausbauen wollen, günstig zur Verfügung stellen könnte. Mayr wies darauf hin, daß mit dem Dachbodenausbau vielerlei Probleme verbunden sind, so zum Beispiel die Frage der Gehsteig- und Stellplatzverpflichtung oder die eines vorgeschriebenen Brennstofflagerraums. (Forts.) ger/bs

NNNN



Wiener Landtag (16)

Utl.: Kulturschilling

=++++

25 Wien, 4. 11. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. ZILK (SPÖ) erklärte, daß aus Mitteln des Altstadterhaltungsfonds bisher rund 1.500 Fassaden und Haustelle mit einem Förderungsaufwand von einer halben Milliarde Schilling hergerichtet wurden. Allein in den letzten eineinhalb Jahren konnten 50 Häuser vor dem Abbruch gerettet werden.

Zilk sprach sich für eine Stadtbelebung aus. Kulturelle Veranstaltungen wie die Schuberttage, der Advent in Wien und die "Orgelfreitage" gewährleisten, daß neben der notwendigen baulichen Instandsetzung die Stadtteile Wiens auch mit Leben erfüllt werden. Da ein Teil dieser kulturellen Maßnahmen Geld kostet, sollten Mittel aus dem Kulturschilling auch für diese Zwecke bereitstehen.

Die neue Verordnung über die Straßenmusik hat sich sehr bewährt, betonte Zilk. Es gelang, die Straßenmusik, die im Übrigen kein Geld kostet, in geordnete Bahnen zu bringen. Im heurigen Sommer kam es bloß zu drei Anhaltungen durch die Polizei.

Stadtrat MAYR (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort als Berichterstatter, daß neben den Mitteln aus dem Kulturschilling das neue Mietenrecht Impulse zur Stadterhaltung- und erneuerung setzen wird. Es ist bedauerlich, daß die beiden Oppositionsparteien dem neuen Mietenrecht nicht zustimmen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Der Wiener Landtag beendete um 12.50 Uhr seine Sitzung.

(Schluß) sei/ap

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN



Im Dezember zwei Volksbefragungen gleichzeitig (1)

=++++

11 #Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Die Entscheidung ist nun gefallen: im Dezember, und zwar von Mittwoch, den 9. bis Freitag, den 11.

Dezember werden in Wien zwei Volksbefragungen gleichzeitig abgehalten. Eine Befragung, die vom Wiener Gemeinderat beschlossen wurde, enthält fünf Fragen, und zwar:

1. Sind Sie dafür, daß der Wohnbau ohne Gewinnstreben (sozialer Wohnbau) durch Gemeinde und Genossenschaften mit seinen vielfältigen Wohnformen (mehrgeschossige Wohnhäuser in Baulücken im dichtverbauten Gebiet, Wohnungen in sanierten Altbauten, neue Wohnsiedlungen, Reihenhäuser) eine vorrangige Aufgabe der Wiener Kommunalpolitik bleibt?

2. Sind Sie dafür, daß die Modernisierung und Wiederbelebung erhaltungswürdiger Wiener Altbauten (durch soziale Wohnbauträger, durch Hauseigentümer und Mieter der auch durch Gruppen junger Menschen, denen Häuser zur Sanierung übergeben werden) verstärkt wird, wobei die Erträgnisse einer Abgabe für unvermietete Wohnungen (die von den Hauseigentümern zu leisten ist) ausschließlich der Althausanierung zugute kommen sollen?

3. Sind Sie dafür, daß die Altstadtsanierung verstärkt mit öffentlichen Mitteln gefördert wird mit dem Hauptziel, das charakteristische Wiener Stadtbild in den älteren Vierteln zu erhalten und dort zugleich modernen Wohnraum zu schaffen?

4. Sind Sie für die Errichtung von 885 modernen und erschwinglichen Wohnungen in Wien-Penzing (Steinhof-Gründe), wobei gleichzeitig mehr als 200.000 Quadratmeter Grünfläche, die den Wienerinnen und Wienern bisher nicht zugänglich waren, öffentlicher Grünraum werden sollen?

5. Sind Sie dafür, daß zur Erhaltung der Vollbeschäftigung in Wien zusätzlich zum Wohnungsbau finanzielle Mittel verstärkt eingesetzt werden, um Groß- und Kleinbetriebe zu sichern beziehungsweise anzusiedeln?

(Forts.) pr/bs

NNNN



Im Dezember zwei Volksbefragungen gleichzeitig (2)

=++++

12      Wien, 4.11. (RK-KOMMUNAL) Die zweite Volksbefragung enthält eine Frage, und zwar: Sollen die Steinhofgründe verbaut werden?

Die Kundmachung über die Ausschreibung der beiden Volksbefragungen wird am Freitag, dem 6. November, als Sonderausgabe des "Amtsblatt der Stadt Wien" erscheinen. Der Stichtag für die Volksbefragung ist der 9. November. Die an diesem Tag wahlberechtigten Gemeindemitglieder können sich an den beiden Befragungen beteiligen. (Schluß) pr/bs

NNNN



Russische Künstler im Rathaus

=++++

13 Wien, 4.11. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK empfing am Dienstag im Wiener Rathaus eine sowjetische Delegation von Politikern und Künstlern, die anlässlich einer von der österreichisch-sowjetischen Gesellschaft veranstalteten Präsentation in Wien weilten. Der Delegation gehörten der Vorsitzende des Ministerrates der RSFSR, Michail S. Solomjenzew, der stellvertretende Ministerpräsident der RSFSR, W.J. Kotschemassow, der stellvertretende Kulturminister der RSFSR, J.W. Saizew, der Maler Andrej Mylnikow, der Schriftsteller Jurij Bondarew und der Komponist Rodion K. Schtschedrin an.

Sowohl die sowjetischen Gäste als auch Kulturstadtrat Zilk betonten den Stellenwert der Kultur als Brücke zwischen den Nationen.

Die Bemühungen in Bezug auf den Kulturaustausch sollten in Zukunft noch intensiviert werden. Im Anschluß an den Empfang besuchte Kulturstadtrat Zilk mit den Gästen aus der Sowjetunion die Eröffnung einer Ausstellung mit Werken sowjetischer Maler in der BAWAG-Foundation. (Schluß) gab/bs

NNNN